

Das gab im Dezember 1915 der „Manchester Guardian“ in seiner „Kriegsgeschichte“ (Bd. III, S. 240) mit erstaunlicher Offenheit zu:

„Hätte sich Deutschland in seiner Kriegsführung innerhalb der gesetzlichen Grenzen gehalten, so wäre unsere Lage eine sehr schwierige geblieben, und es ist zweifelhaft, ob wir uns aus den Verstrickungen jener Deklarationen (London, Paris, der Haag usw.) je hätten lösen können. Zum Glück für uns, im ganzen gesehen, war Deutschland nicht damit zufrieden, wie es war, sondern beschenkte uns durch die Unterseeblockade und die Begehung von Hunderten von geschehenen Akten der Tyrannei mit einer Gelegenheit des Entschlüpfens.“

Gewiß, auch Deutschland griff jeden einleuchtenden Grund auf, um seine Seekriegsführung auf dem Wege der Repressalien zu verschärfen, aber die geschichtliche Tatsache stand fest: wir hatten den Wilsonschen Vorschlag im wesentlichen angenommen, England nicht. Diesen gerechten Ausweg galt es immer wieder der Welt zu zeigen. Mir wurde klar, welche Gelegenheit wir verpaßt hatten, als wir es unterließen, bei Ankündigung des verschärften U-Bootkrieges zu erklären: er hört in dem Augenblick auf, da England Wilsons Standpunkt in der Blockadefrage akzeptiert.

Die Möglichkeit, daß England diesen Vorschlag annahm, war gegeben, allerdings nach Greys Sturz nur in sehr geringem Maß. Immerhin, vom Standpunkt der Marine blieb ein Risiko bestehen, und wir mußten es — in aller Ehrlichkeit, ohne Hintergedanken — auf uns nehmen; nur so konnten wir vor der Welt und auch vor unserem eigenen Gewissen die moralische Grundlage für unsere Seekriegsführung gewinnen. Diese Grundlage würden wir noch befestigen, wenn wir unseren U-Bootkrieg in den Kampf hineinstellten, den Amerika und die kontinentalen Staaten nun schon über hundert Jahre gegen England um die Freiheit der Meere gekämpft haben. So hätte man sagen können:

„Soll die Freiheit der Meere mehr als ein Wort sein und der Welt wirklich das Sicherheitsgefühl geben, welches für einen dauernden Frieden unentbehrlich ist, so muß sie sich im Kriege behaupten; zum mindesten müssen die Fortschritte auf dem Wege zur Freiheit der Meere, die vor dem Kriege völkerrechtlich erstritten und in diesem Kriege verlorengegangen sind, vor der Beendigung des Krieges wieder erlangt werden.“

Amerika hatte uns auf diesen Weg selbst gewiesen, als Wilson in seiner Lusitania-Note (überreicht am 15. Mai 1915) Deutschland aufforderte, praktisch mit ihm zusammenzuarbeiten:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für die Freiheit der Meere einzutreten, ohne Kompromiß und um jeden Preis.“